

Kann Kirche Klimaschutz?

Gespräch mit dem Ausschuss für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und Bewahrung der Schöpfung zum Klimaschutzgesetz

Mitten in Diskussionen um die richtige Form des Klimaprotestes und den vehementen Forderungen junger Aktivistinnen und Aktivisten nach mehr Klimaschutz hat die Württembergische Landeskirche ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Das Gesetz kam nicht aus dem Nichts. Schon seit 10 Jahren gab es in der Landeskirche ein Klimaschutzkonzept, das analysierte, wie die kirchliche Arbeit nachhaltig gestaltet werden könnte. „Es war jetzt an der Zeit ein klares Ziel zu setzen, damit es in so einer großen Institution wie der Landeskirche vorwärts geht,“ so Ruth Bauer, Mitinitiatorin des Klimaschutzgesetzes. Sie als Vertreterin des Gesprächs-

kreises Offene Kirche, Tobi Wörner (KfM), Dr. Markus Ehrmann (LG), Ausschussvorsitzenden Annette Sawade (EuK), Vorsitzende des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und Bewahrung der Schöpfung (KGS) und Vorsitzender des Rechtsausschusses Christoph Müller (LG) standen a+b drei Monate nach der Verabschiedung des Gesetzes zu einem Gespräch zur Verfügung. Sie haben noch einmal debattiert, wozu es ein Klimaschutzgesetz braucht, was es für die Gemeindegarbeit bedeutet und was das Für und Wider realistischer oder ambitionierter Ziele ist.

Das Klimaschutzgesetz wurde bei der Herbstsynode 2022 ohne Gegenstimme verabschiedet. Bild: Stoppel



Ein Klimaschutzgesetz ist keineswegs selbstverständlich

Die Gesprächsatmosphäre zwischen den Synodalen ist das ganze Gespräch über freundlich und wertschätzend. Und trotzdem wird gleich zu Beginn des Gesprächs deutlich, dass die Diskussionen nicht erst bei den Verhandlungen um die Inhalte des Gesetzes begannen. Schon das „Ob“ eines Gesetzes stand zur Debatte. Schließlich hatte die Landeskirche auch schon zuvor ohne Gesetz Klimaschutzbemühungen umgesetzt – etwa durch das Klimaschutzkonzept oder Projekte wie den „Grünen Gockel“. „Für uns hätte es nicht unbedingt ein Gesetz sein müssen“, sagt der Synodale Markus Ehrmann. Als das Gesetz dann aber eingebracht wurde, habe man sich der Sache angenommen und versucht, das Gesetz so zu gestalten, dass es ein Ermöglichungsgesetz werde und nicht die Arbeit vor

Ein Gesetz verdeutlicht, wie wichtig Klimaschutz der Landeskirche ist

Tobi Wörner weist dagegen auf die besondere Strahlkraft hin, die ein Gesetz von anderen Formen abhebe. Dass ein eigenes Klimaschutzgesetz für die Kirche verabschiedet wurde, würde betonen, dass das Thema Klimaschutz in besonderer Weise ein zentrales kirchliches Anliegen sei. „Außerdem“, ergänzt er mit einem Grinsen auf dem Gesicht „habe ich gelernt, dass es in einer Kirche eine Ordnung braucht und es deswegen auch für den Klimaschutz ein Gesetz braucht.“ Die staatlichen Vorgaben zum Klimaschutz würden

Ort einschränke und Gemeindefarbeit und Klimaschutz gegeneinander ausspielen. Beim ursprünglich eingebrachten Entwurf wäre das, so Ehrmann, der Fall gewesen.



Ruth Bauer, Offene Kirche. *„Es war jetzt an der Zeit ein klares Ziel zu setzen, damit es in so einer großen Institution wie der Landeskirche vorwärts geht“* Foto: privat

dabei nicht ausreichen, so Ruth Bauer. Denn die Handhabung, wie man zur Klimaneutralität komme, die gebe der Staat nicht vor. Außerdem gehe man in der Ausgestaltung des Gesetzes über die staatlichen Vorgaben hinaus und schreibe zum Beispiel die Verankerung des Klimaschutzes in der kirchlichen Bildungsarbeit hinaus, ergänzt Christoph Müller, der das Gesetz im Rechtsausschuss mitbearbeitete.



Der genaue Wortlaut des Klimaschutzgesetzes kann im Amtsblatt Band 70 Nr. 13 S. 425ff. nachgelesen werden. Folgen Sie einfach diesem QR-Code.

Fokus auf Energie und Wärmeverbrauch

Nachdem das „Ob“ eines Klimaschutzgesetzes durch das Einbringen eines ersten Entwurfs in die Synode aufs erste geklärt war, wurde das Gesetz nach den synodalen Bestimmungen in die Ausschüsse verwiesen. Über das „Wie“ wurde nun mindestens genauso intensiv verhandelt, wie über das ob. Es wurde schnell klar, dass ein solches Gesetz nicht als zusätzliche Belastung für die Gemeinden neben Pfarrplan und Verwaltungsreform empfunden werden sollte. Gleichzeitig, so Annette Sawade, sei auch klar, dass es ohne Klimaschutz einfach nicht gehe. „Ohne Mehrbelastung geht es aber nicht“, pflichtet ihr Ruth Bauer bei. Der Fokus des Gesetzes liegt vor allem auf den Faktoren Energie- und Wärmeverbrauch und will darüber Energie bei Mobilität und der Beschaffung einsparen. Trotz seiner anfänglichen Skepsis gegenüber einem Klimaschutzgesetz sieht Ehrmann, was für einen wichtigen Effekt es beim Thema Bauen hat. In der Vergangenheit sei beim Bauen das Hauptkriterium

Der Hauptfokus liegt auf Energie- und Wärmeverbrauch

vor allem der günstige Preis gewesen. Durch das Klimaschutzgesetz würden sich da jetzt die Prioritäten verschieben und parallel dazu auch endlich der Klimaschutz über andere Instrumente gefördert, wie z. B. durch Fördermittel für Solaranlagen. Sawade sieht sogar die Chancen, die so ein Klimaschutzgesetz, samt der parallel dazu beschlossenen Maßnahmen, bringen könne: „Man darf Klimaschutz und die Gemeindegemeinschaft nicht gegeneinander ausspielen. Gerade z. B. in der Jugendarbeit bietet das Klimaschutzgesetz

auch neue Anknüpfungsmöglichkeiten.“ Christoph Müller betont dagegen nochmal, dass es eben auch die skeptischen Stimmen aus den Gemeinden gegeben habe. Darum sei es wichtig gewesen, bei der Formulierung des Gesetzes darauf zu achten, dass es auch gut umsetzbar und realistisch sei.

Nettotreibhausgasneutralität bis 2035 und 2040

Die realistische Umsetzung des Gesetzes hängt neben den Einzelbestimmungen vor allem am Zieljahr, bis zu welchem Nettotreibhausgasneutralität erreicht werden soll. In der verabschiedeten Gesetzesversion ist das Jahr 2040 als Zieljahr festgelegt, während einige Synodale gerne das Jahr 2035 anvisiert hätten. So zum Beispiel Ruth Bauer. Sie ist nach wie vor ein wenig enttäuscht, dass man nicht mutiger gewesen sei.



Markus Ehrmann, Lebendige Gemeinde. „In der Schöpfung können wir Christus begegnen“
Foto: Lebendige Gemeinde

„Das Jahr 2035 hätte starke Anreize geschaffen mit der Sanierung von Kirchengebäuden zügig zu beginnen und vor allem: Jetzt ist noch das Geld da und die Gemeinden wären in ein paar Jahren froh, wenn frühzeitig für Einsparungen gesorgt würde.“

Klimaschutz über Kompensationszahlungen schwer vermittelbar?

Ursprünglich habe man sogar eine sofortige kircheninterne CO₂-Bepreisung anvisiert, mit der man dann Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen finanzieren

hätte können. Auch Tobi Wörner hatte ursprünglich das frühere Datum favorisiert, sich dann aber im gemeinschaftlichen Beratungsprozess überzeugen lassen, dass die spätere Variante die realistischere sei. Das ambitionierte Ziel hätte, so Ehrmann, vermutlich zur Folge gehabt, dass die Ziele nicht erreicht worden wären und man sich so über teure Ausgleichszertifikate freikaufen hätte müssen. Das sei für Ehrmann selbst, und zumindest für einige Kirchenmitglieder schwer vermittelbar gewesen. Stattdessen müsse man sich darauf fokussieren, den Grund für das kirchliche Engagement klarzumachen. Das sei für ihn ganz klar der biblische Auftrag zur Schöpfungsbewahrung. „In der Schöpfung können wir Christus begegnen“, so der Synodale der Lebendigen Gemeinde.

Klimaschutz, der mit der Gemeindearbeit kompatibel ist

Auch mit dem späteren Ziel der Netto-treibhausneutralität bedeuten die vielen notwendigen Maßnahmen einen gewaltigen finanziellen Aufwand (siehe Interview Hinderer). Vor diesem dürfe man aber nicht zurückschrecken, so Ruth Bauer. „Wir können nur weil es teuer ist, nicht vor unserer Verantwor-



Tobi Wörner, Kirche für morgen.
„Das Gesetz bringt uns zu einer Kernfrage zurück: Was wollen wir eigentlich als Kirche“
 Foto: Kirche für morgen

tung zurücktreten. Dann müssen wir uns fragen, wie wir vertreten können, dass Menschen ihre Heimat und ihr Leben verlieren.“ Die Frage der Finanzierung lässt sich trotzdem nicht einfach übergehen. Tobi Wörner benennt die Spannung, die sich dadurch für

Klimaschutz darf nicht bedeuten, Gemeindearbeit zurückzufahren

die Gemeindearbeit ergibt: „Am meisten CO₂ einsparen würden wir natürlich, wenn niemand mehr in unsere Kirchen

kommt. Die Spannung, vor die wir gestellt sind, ist: Wie können wir das Klima schützen und gleichzeitig möglichst viele Menschen mit dem Evangelium erreichen. Das Gesetz bringt uns zu einer Kernfrage zurück: Was wollen wir eigentlich als Kirche?“ Die Ausschussvorsitzende Sawade betont daran anschließend, man habe in der Ausarbeitung des Gesetzes

vermeiden wollen, dass Gemeindegarbeit gegen Klimaschutz ausgespielt werde. Gemeinden, die eine rege Gemeindegarbeit haben und so auch höhere Emissionen durch Heizen und Strom, dürften durch das Gesetz nicht benachteiligt werden. Darum sei man am Ende bei der Bezuschussung der Klimaschutzmaßnahmen über den Ausgleichsstock gelandet und habe von einer direkten CO₂-Bepreisung abgesehen.

Was ändert sich ab dem 1.1.2024

Auch wenn das Klimaschutzgesetz bereits verabschiedet ist: das Inkrafttreten steht noch aus. Erst zu Beginn des nächsten Jahres wird es wirksam. Christoph Müller erklärt, was sich an diesem Tag konkret für die Gemeinden ändert: „Konkret wird am 1. Januar 2024, dass Strom nur noch aus erneuerbaren Energien bezogen werden



Christoph Müller, Lebendige Gemeinde. „Strom aus fossilen Quellen geht bei kirchlichen Gebäuden dann nicht mehr“
Foto: Lebendige Gemeinde

darf. Strom aus fossilen Quellen geht bei kirchlichen Gebäuden dann nicht mehr. Ähnlich ist es bei den Heizungsanlagen. Ab dem 1.1. dürfen keine Heizungsanlagen verbaut werden, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Für bestehende Anlagen gibt es aber eine Übergangslösung.“ Schon zuvor würden aber, so die Synodale Bauer, Empfehlungen durch den Ober-

Schon jetzt anfangen, auch wenn das Gesetz erst ab Januar 2024 in Kraft tritt

kirchenrat zu Energieeinsparmaßnahmen gegeben und Fördermittel bereitgestellt. In den Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wird Genaueres dann durch Ausführungsbestimmungen des Oberkirchenrates geregelt. „Wir fordern als Ausschuss regelmäßig Berichte. Jetzt müssen wir aber dem Oberkirchenrat auch ein wenig Zeit lassen. Aber wir achten schon darauf, dass jetzt auch was passiert“, so die Ausschussvorsitzende Sawade.

Kirche als Gesprächspartner

Das Gesetz geht in seinen Bestimmungen über die staatlichen Vorgaben hinaus. Darum, so Ehrmann, könne man schon sagen, dass die Kirche hier progressiv in Sachen Klimaschutz sei. Seine Arbeitskreiskollegin Bauer gibt sich ambivalenter: Sie könne schon verstehen, dass die Kirche nicht als Vorreiterin im Klimaschutz gesehen werde. Da sei man früher, z. B. in Sachen Friedensarbeit, mehr involviert gewesen. Gleichzeitig müsse man aber sehen, wofür die eigenen zeitlichen und personellen Ressourcen reichen. Aufgabe der Kirche sei es aber in jedem Fall, Gesprächspartner zu bleiben. Dem stimmt auch Sawade zu, die als Vertreterin bei der EKD-Synode auch den

Auftritt von Aimée van Baalen von der Letzten Generation im Plenum miterlebte. Die Aktivistin, so Sawade, sei nahezu zahm aufgetreten und habe dann etwas unvermittelt gefordert, dass es die Kirche für den Klimaschutz brauche. Die Stan-

Kirche muss sich als Gesprächspartner verstehen

das Gesamtbild im Blick haben, z. B. eben auch die soziale Dimension.

Lust machen auf Klimaschutz

Zuletzt sammeln die Synodalen Ideen für eine kreative und einfache Umsetzung. Tobi Wörner berichtet begeistert von der Kirchengemeinde in Pfalzgrafenweiler, die dieses Jahr zum ersten Mal ihre Kirche in der kalten Jahreszeit unbeheizt lassen und gemeinsam „Winterkirche“ im Gemeindehaus feiern. Beim Gottesdienstformat wird direkt Neues ausprobiert: Worshipband, Kaffeemaschine und ehrenamtliche Beteiligung bringen viele Menschen zusammen noch einmal neu zusammenwachsen. Christoph Müller regt an, mit Jugendlichen in den Kirchengemeinden einen Steingarten umzugestalten und wieder zu begründen und so für ein besseres Mikroklima beizutragen.

Synodale spontan und kreativ

Markus Ehrmann erzählt von einem Gemeindeprojekt, bei dem man die ohnehin anstehende Enthüllung von Jungpflanzen nach dem Winter kurzerhand zum Gemeindeprojekt gemacht und die Jugend einbezogen habe. Auch Ruth Bauer berichtet von einem bereits vergangenen Projekt, bei dem regionale Erzeuger von Lebensmitteln zum



Annette Sawade, Evangelium und Kirche. „Wir achten schon darauf, dass jetzt auch was passiert“
Foto: Stoppel

Gespräch eingeladen waren und so der Kontakt zur Gemeinde gestärkt waren. Dass man über das Thema Essen Menschen erreicht, sieht Annette Sawade schließlich genauso, und schlägt vor, nach dem Gottesdienst einen Ständerling mit Lebensmitteln anzubieten, die eigentlich im Supermarkt oder Bäckereien weggeworfen wären.

Auch wenn die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes nicht so mühelos und schnell geschehen wird, wie die vorgeschlagenen Projekte. Deutlich wird durch das Gespräch, wie wichtig es ist den

Für die Umsetzung braucht es die Gemeinden

Klimaschutz als gemeinsames Projekt anzugehen und viele Stimmen zu hören. Das betont auch nochmal Annette Sawade: „Jetzt gilt es vor allem den Kontakt in die Gemeinden aufrecht zu erhalten und die dortigen Erfahrungen in die Synode zurückzutragen.“ Denn auch wenn dort die Gesetze gemacht werden: Für die Umsetzung braucht es die Gemeinden.

Felix Weise

Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen

Interview mit der Umweltbeauftragten der Landeskirche Siglinde Hinderer

a+b: Frau Hinderer: Sie leiten das Umweltreferat seit drei Monaten – wie war Ihr Weg ins Umweltreferat?

Siglinde Hinderer: Letztendlich hat er sich aus ganz vielen Puzzlesteinen zusammengesetzt.

Ich habe Haushalt- und Ernährungstechnik studiert mit Schwerpunkt Gerätetechnik, hab dann in der Geräteindustrie das Thema Energie- und Wassersparen bei den Waschmaschinen und Trocknern bearbeitet und ein Recyclingkonzept für die Rückgabe von Haushaltsgeräte entwickelt. Während meiner Kinderpause habe ich den Kontakt zur Kirchengemeinde gefunden. Eine Kirchengemeinderätin kam eigentlich auf meinen Mann zu und fragte, ob er sie beim Umbau der Heizung beraten könne. Mein Mann hatte bald

Seit 20 Jahre für den Klimaschutz der Kirche im Einsatz

aber nicht mehr genug Zeit und hat dann mich gefragt, ob ich da nicht aushelfen könnte. So bin ich jetzt seit gut 20 Jahren im Umweltteam der Gemeinde,

mit dem wir z. B. die Zertifizierung für den Grünen Gockel oder die Installation einer Photovoltaikanlage erreicht haben. Inzwischen bin ich auch noch Kirchengemeinderätin und in der Bezirkssynode. Für meine Arbeit im Umweltreferat ist das gut, weil ich die Probleme und Herausforderungen vor Ort kennen. Ins Umweltreferat bin ich durch den Tipp einer Synodalen gekommen, die mich darauf hingewiesen hat,



Siglinde Hinderer ist seit dem 1. Dezember 2022 Leiterin des Umweltreferats beim Oberkirchenrat
Foto: Siglinde Hinderer

dass im Umweltreferat eine Stelle frei wurde. Seit dem 1. Dezember 2022 bin ich schließlich als Nachfolgerin von Klaus-Peter Koch Umweltbeauftragte der Landeskirche.

a+b: War damals, als Sie im Umweltschutzreferat angefangen haben, schon absehbar, dass die Landeskirche einmal ein Klimaschutzgesetz verabschieden würde?

Hinderer: Nein, überhaupt nicht. Da ging es einerseits um Themen wie Energiemanagement und Grüner Gockel und auf der anderen Seite um Blühstreifen für den Artenschutz oder Fledermäuse

im Kirchturm. Themen, die wir nach wie vor auch noch heute bearbeiten. Aber das Feld hat sich eben auch erweitert.

a+b: Inwiefern waren Sie im Umweltreferat in die Entstehung des im Herbst 2022 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes beteiligt?

Hinderer: Es gab 2012 ein erstes Klimaschutzkonzept, das wir 2018 fortgeschrieben haben. Viele der Möglichkeiten und Schwerpunkte, die wir in diesem Konzept benannt haben,

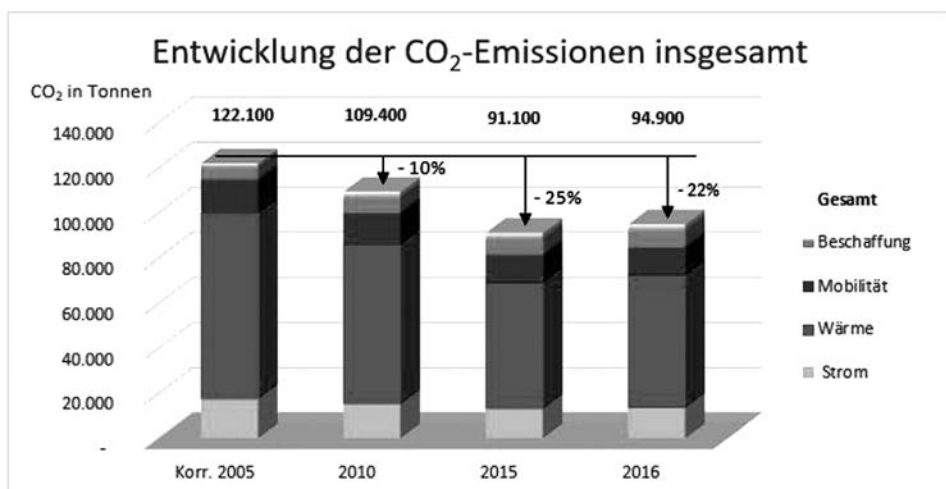
Schwerpunkt des Klimaschutzgesetzes liegt auf dem Gebäudebereich

spiegeln sich in dem jetzt verabschiedeten Gesetz der Synode zum Klimaschutz wider. Durch das Energiemanagement konnten die Emissionen im Gebäudebereich zwar reduziert werden, machen aber immer noch 70 % der Gesamt-CO₂-Emissionen aus. Darum liegt dort nach wie vor, auch im Gesetz, der Schwerpunkt. Den Gebäu-

debereich müssen wir nicht nur aus Klimaschutzgründen angehen, sondern allein schon aus finanziellen Interessen. Wir können sonst die Gebäude langfristig nicht bewirtschaften.

a+b: Der Umgang mit Gebäuden ist – weil sie eben einen so hohen Anteil zum Gesamt-CO₂-Ausstoß beitragen – ein wichtiger Teil des Klimaschutzgesetzes. Was ist der Plan für die landeskirchlichen Gebäude?

Hinderer: Es gibt drei Bausteine. Was jede Kirchengemeinde machen kann, ist ein gutes Energiemanagement. Das heißt, die Gebäude effizient zu bewirtschaften. Das fängt bei einer regelmäßigen Verbrauchsdatenkontrolle an, beinhaltet aber auch regelmäßige Überprüfung der Räume: An welchen Stellen kann Wärme gespart werden? Wird dann beheizt, wenn die Leute da sind? Sind Heizkörper verstellt? Und es gehören auch Konzepte wie die Winterkirche dazu. Dazu gibt es aus der Vergangenheit schon viele Erfahrungen und



Trotz Einsparungen und der Sanierung von Gebäuden machen die Gebäude über Strom und Heizen den hauptsächlichsten Teil der CO₂-Emissionen aus. Bild: Umweltreferat

Checklisten. Meine Empfehlung wäre es, ein Team zu benennen, das sich dieser Aufgabe annimmt. Der zweite Schritt ist bei Gebäuderenovierungen oder -sanierungen die Klimaneutralität mitzudenken. Da muss sehr genau geplant werden und wir empfehlen unbedingt, hier auch Fachleute mit einzubeziehen.

Der dritte Schritt ist schließlich die Gesamtgebäudefläche zu reduzieren.

Wenn ich weniger Fläche habe, muss ich weniger heizen. Das ist logisch. Hier müssen Kirchengemeinden gut hinschauen: Gibt es kleinere, geschicktere Räume, die genutzt werden können? Wo können wir kooperieren? Wo können wir die Räume anderen zur Nutzung zur Verfügung stellen?

Bei Gebäude-sanierungen die Klima-neutralität mitdenken

a+b: Das klingt nach viel Verantwortung für die Gemeinden. Was gibt es da für Unterstützungsmöglichkeiten?

Hinderer: Für das Energiemanagement der einzelnen Gemeinden gibt es bereits heute Hilfestellungen in Form von Schulungen, Infomaterial und Checklisten, die z.B. Mesnerinnen und Mesner schult, wie Heizungen optimal eingestellt werden. Dazu werden auch neue Stellen geschaffen. Zum Beispiel die Stelle einer Klimaschutzkoordination. Auch im Bereich Bauberatung stocken wir gerade auf, um Kirchengemeinden vor Sanierungen gut beraten zu können.

a+b: Der dritte Baustein sieht vor, dass Flächen reduziert werden, d. h. dass auch Gebäude veräußert werden. Nach was für Kriterien soll da vorgegangen werden?

Hinderer: Das ist ein Punkt, an dem wir mit dem Baudezernat mit Hochdruck dran arbeiten. Zuerst müssen wir überhaupt erfassen, welche Gebäude wir wo haben. In einer Grobanalyse soll dann bewertet werden, wie sich der Raumbedarf vermutlich entwickeln wird, wie weit Gebäude auseinander sind, wie groß sie sind, welche Energiekosten für die Gebäude anfallen und was es kosten wird, sie energetisch so zu sanieren, dass

Ein Ampelsystem soll den Gemeinden helfen zu entscheiden

sie den Anforderungen des Klimaschutzes entsprechen. Daraus soll dann ein Art Ampelsystem entstehen, das anzeigt, ob von unserer Seite aus empfohlen

wird, das Gebäude im Bestand zu lassen, es aufzugeben oder eben Maßnahmen zu treffen, um das Gebäude zu halten. Diese Empfehlung wird an die Kirchenbezirke weitergegeben. Ob die einzelnen Kirchengemeinden die Empfehlungen dann umsetzen, liegt in der Hoheit der Kirchengemeinden.

a+b: Heißt das, die Kirchen, die nicht gut zu dämmen sind, müssen abgestoßen werden?

Hinderer: Die Lösungen sind unterschiedlich. Es kann bedeuten, die Gebäude aufzugeben, aber eben auch auf alternative Konzepte zu setzen, wie die Winterkirche oder körpernahe Wärme, die sich dann aus erneuerbaren Energien

Ohne Gebäude abzustößen wird es nicht gehen

speist. Wenn wir die Prognosen anschauen, wie viele Menschen unsere Kirche in Zukunft voraussichtlich verlassen werden, geht es nicht ohne, dass wir auch Gebäude abstoßen. Das ist aber in der Verantwortung der Gemeinde vor

Ort: Zu schauen, wie eine Umnutzung organisiert werden kann, z. B. durch die Diakonie oder durch Umwandlung in Wohnraum. Aber es wird auch Fälle geben, in denen die Lösung lautet, das Gebäude abzugeben.

a+b: Und wie kann sichergestellt werden, dass die Einsparungsbemühungen nicht zu Lasten des Gemeinlebens gehen. Konkret: darf der Seniorenkreis nur noch bei 17 Grad stattfinden?

Hinderer: Wir wollen eigentlich nicht mit „du darfst“ oder „du darfst nicht“ argumentieren, sondern Ziel ist es, so viel Energie wie möglich einzusparen und die Menge, die wir brauchen, so klimafreundlich wie möglich zu erzeugen. Wir setzen da eher auf die Freiwilligkeit und das Einsehen der Menschen. So viel sei gesagt: Wenn wir es schaffen, die Gebäude energetisch gut zu sanieren und mit Solaranlagen oder Wärmepumpen auszustatten, dann erreichen wir auch die Klimaschutzziele, ohne dass zukünftig Seniorennachmittage bei 17 Grad stattfinden müssen. .

Senioren- nachmittage bei 17 Grad sollen nicht die Lösung sein

a+b: Das Klimaschutzgesetz sieht eine Nettotreibhausneutralität bis 2040 vor. Um zu überprüfen, wo wir uns auf dem Weg zu diesem Ziel befinden, müssen Zwischenstände erfasst werden. Wie sieht das in der Praxis aus?

Hinderer: Wir werden nicht anfangen Büroklammern zu zählen, sagte mein Chef früher. Wir müssen den Fokus auf die energieintensiven Dinge legen und das sind Strom- und Wärmever-

brauch in den Gebäuden. Diese Daten können gut erfasst werden und das schreibt das Klimaschutzgesetz auch vor. Mindestens einmal im Jahr müssen diese Daten in den Gemeinden erfasst werden. Im Bereich der Mobilität geht man eher von Schätzungen aus. Für unser Klimaschutzkonzept haben

Pauschale Lösungen gibt es nicht

wir darüber hinaus exemplarische Berechnungen für Land- und Stadtgemeinden durchgeführt, die beispielweise auch den Weg der Gottesdienstbesucherinnen und -besucher in die Kirche berücksichtigen. Die Unterschiede sind gewaltig: Im städtischen Bereich gab es eine Gemeinde, in der 1,3 Personen durchschnittlich im Auto saßen, in einer Diasporagemeinde waren es im Durchschnitt 3,5 Personen. Das zeigt, dass es keine pauschalen Lösungen gibt, sondern dass es auf die einzelnen Gemeinden zugeschnittene Ideen braucht.

a+b: Gibt es dann Strafen für Gemeinden, die Vorgaben aus dem Klimaschutzkonzept nicht einhalten?

Hinderer: Den Umgang damit hat das Klimaschutzgesetz nicht festgelegt. Ich glaube nicht, dass wir mit Verboten arbeiten werden. Da ist aber auf jeden Fall noch Gesprächsbedarf.

a+b: In vielen Punkten wirkt es so, als gäbe es noch keine ganz klare Linie, wie das Ziel der Nettotreibhausneutralität bis 2040 erreicht werden soll. Setzt man auf Learning-by-Doing?

Hinderer: So ist es. Egal ob wir den Bereich der Heizungen anschauen in Kombination mit denkmalgeschützten Gebäuden oder die Mobilität – es gibt viele Bereiche, in denen wir noch

nicht genau abschätzen können, wie die Situation genau 2040 aussieht.

Sei es die Anzahl der Gemeindeglieder oder die Anzahl der Gebäude. Wir müssen uns dabei gemeinsam auf den Weg machen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen

Uns vernetzen und Lösungen miteinander teilen.

Das Klimaschutzgesetz fordert eine regelmäßige Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes, bei der Zwischenziele formuliert werden sollen und auch nachgesteuert werden kann, wenn wir feststellen, dass wir in einem Bereich hinterherhinken.

a+b: Haben Sie zum Abschluss drei Punkte, wie sich Kirchengemeinden sich in Sachen Klimaschutz auf den Weg machen können?

Hinderer: Menschen finden, die sich mit den Themen auskennen und versuchen sie zu aktivieren. Einen Gebäuderundgang machen und schauen: Wo können wir optimieren? Und dann schließlich: die Dinge, die sich mit wenig Aufwand umsetzen lassen, so schnell wie möglich umsetzen.

Die Fragen stellte Felix Weise



Auf der Seite des Umweltreferats findet sich ein reicher Fundus sowohl an liturgischen Entwürfen, Anspielen und Predigten zu Umweltschutzthemen als auch Broschüren, Checklisten und Anleitungen zu verschiedenen Bereichen des Klimaschutzes.